

**Stadt Karlsruhe
- Ortsverwaltung Neureut -**

Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen des ORTSCHAFTSRATES

am **13. April 2021** (Beginn **19.00** Uhr; Ende **20.25** Uhr)

im **Badnerlandhalle, Rubensstr.21**

Vorsitzender: **Ortsvorsteher Achim Weinbrecht**

Zahl der anwesenden Mitglieder: **19** (Normalzahl **20** Mitglieder)

Namen der **nicht anwesenden** Mitglieder:

Rouven Stolz (V)

Schrifführerin: **Annette Gerold**

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: **Hauptamtsleiter Thomas Jäger
Rechnungsamtsleiter Axel Grether
Bauamtsleiterin Patricia Lüking**

Zu TOP 1: **Nele Kemper, Liegenschaftsamt Stadt
Karlsruhe**

Zu TOP 2: **Matthäus Vogel, Leiter Friedhofs- und
Bestattungsamt Stadt Karlsruhe
Beate Ertle, Friedhofs- und
Bestattungsamt Stadt Karlsruhe**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **01.04.2021** ordnungsgemäß eingeladen, und
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am **08.04.2021** ortsüblich bekannt gemacht worden ist.

Hierauf wurde in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:
Die Beschlussfähigkeit des Gremiums wurde vor der Behandlung des jeweiligen Tagesordnungspunktes festgestellt.

*) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch die Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert mit Entschuldigung, (U) = unentschuldig ferngeblieben, angegeben.

Zu Punkt 1 der T.O.: Vorstellung der Obstverkaufsapp „s' Karlsruher APPpfele“ durch das Liegenschaftsamt, Grundstücksbewirtschaftung, Landwirtschaft (Streu-) Obst- und Gartenbau

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Vorsitzende Nele Kemper, Fachberaterin für Landwirtschaft, (Streu-) Obst- und Gartenbau, Grundstücksbewirtschaftung beim städtischen Liegenschaftsamt, recht herzlich.

Einleitend hat der Vorsitzende darauf hingewiesen, dass laut Eingliederungsvertrag die Ausgestaltung, Unterhaltung und Benutzung von Obstanlagen und damit auch die Pflege und Vermarktung der Neureuter Obsterträge aus den Streuobstwiesen bisher im Verantwortungsbereich des Ortschaftsrates liege.

Anschließend stellt Nele Kemper dem Gremium vor, was die App alles leisten könne. Die Idee dabei sei, dass Bürger*innen Früchte der Bäume beispielsweise mit Smartphone oder Tablet per Mausklick erwerben können.

Denn – trotz guter Obsternte konnten die Obstbaumversteigerungen im letzten Herbst nicht stattfinden. Aber, wie jede Krise, erschütterte auch die durch das COVID-Virus ausgelöste die Gemüter und setzte gleichzeitig viel kreatives Potenzial frei. Es wurde daher auf den Einzelverkauf gesetzt und dem Liegenschaftsamt ist es gelungen, auf diese Weise auch 2020 das Obst sämtlicher zum Verkauf stehender städtischen Streuobstbäume, auch in der Ortsverwaltungen, kostengünstig unter die Bürger*innen zu bringen. Ohne das zusätzliche Engagement der Feldhüter wäre dies allerdings nicht möglich gewesen. Zur Vereinfachung der Arbeitsabläufe und Schonung der personellen Ressourcen entwickelt das Liegenschaftsamt mit der Geoinformation eine neue App. Diese Obstverkaufs-App "s' Karlsruhe APPpfele" soll den Bürger*innen ab Anfang August zur Verfügung stehen. Seit vier Jahren ist beim Liegenschaftsamt die elektronische Hilfe entwickelt worden. Dabei soll sie den raschen Zugriff auf das Obst ermöglichen. So könne sich jeder Interessent, erklärt Kemper, den gewünschten Baum aussuchen.

Die Fachberaterin zeigt zudem Bilder von Streuobstwiesen in Hohenwettersbach und Knielingen. Ein Besuch der blühenden Streuobstwiesen sei trotz Coronaauflagen möglich, betont sie.

Zu den Streuobstwiesen, die unter der Pflege des städtischen Liegenschaftsamtes stehen, führt sie aus, dass es sich um rund 60 ha mit ca. 6000 Streuobstbäumen handle, die BIO-zertifiziert seien und extensiv bewirtschaftet werden. Die Verwertung der Früchte erfolge lokal. Dabei werden alte Obstsorten gefördert.

Kemper erläutert auch die dazu entwickelten naturpädagogischen Programme für Schulen und Kindergärten, gibt Informationen zu Obstbaumpatenschaften, Obstbaumschnittkurse, Aktionstage, Infostände sowie Sonderaktionen. Ergänzend zeigt sie noch Impressionen von einer Ausstellung im Zentrum für Kunst und Medien Karlsruhe (ZKM) „Critical Zones. Horizonte einer neuen Erdpolitik“ - Wenn ein Kunstmuseum auf eine Streuobstwiese trifft. Dabei hat das ZKM eine Wiese gepachtet für 5 Jahre gepachtet und pflegt sie unter fachlicher Leitung.

Zu Neureut gibt die Fachberaterin bekannt, dass hier 511 Obstbäume im Kataster vorhanden sind. Diese sollen per App aufs Handy aufgerufen werden können, um sie an Interessierte zu verkaufen. Es gebe dazu ein Formular mit Verhaltensregeln, weitergeleitet werden die Interessenten dann an ein Verkaufportal. Aufgerufen werden könne eine Legende mit den entsprechenden Obstbäumen, die je nach Sorte farblich unterlegt sind, beispielsweise lila für Pflaumen oder grün für Apfel, gelb für Birne usw. Die Informationen enthalten auch Angaben zum Standort, dem Preis des Baumes, Sortenbezeichnung.

Begeistert zeigt sich anschließend **Fraktionsvorsitzender Karsten Lamprecht** von der vorgestellten App. Hiermit bringe man die jahrzehntelange Tradition der Obstbaumversteigerung in Neureut in ein neues Format. Zudem werden neue Anreize geschaffen, damit sich die Neureuter Bevölkerung an heimischem Obst bedienen und die Obstbäume ersteigern könne. So können lokale Früchte verzehrt werden. Seine Fraktion finde daher die Einführung der App sehr toll und freue sich darauf, dass sie genutzt werde.

Viel Mühe sei in die App verwandt worden, findet **Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber** und dankt der Fachberaterin dafür. Es sei sehr gut, dass Interessierte sich so im Vorfeld informieren könnten und alles katastermäßig erfasst sei.

Fraktionsvorsitzender Ole Reher meint, Apps seien heutzutage gang und gebe. Von der vorgestellten App verspreche man sich den Verzehr von regionalem, auch Neureuter Obst, womit lange Anfahrtswege von Produzenten reduziert werden können. Gut sei auch, so zahlreiche Insekten zu fördern und damit auch die Anzahl der Vögel eventuell zu steigern - das sei ein Anreiz.

Fraktionsvorsitzender Hubert Kast schließt sich seinem Vorredner an und sieht durch die App das Bewusstsein für Streuobstwiesen in breitere Bevölkerungskreise

getragen. Vielleicht habe Corona doch etwas Gutes, so Kast, denn dies habe ja den Anstoß zur Entwicklung der App gegeben.

Es kommt einstimmig zum

Beschluss:

Der Ortschaftsrat Neureut stimmt der Entwicklung der Obstverkaufsapp mit der Folge zu, dass hierdurch die Vermarktung der Früchte durch das Liegenschaftsamt per App vorgenommen wird.

Zu Punkt 2 der T.O.: **Hauptfriedhof Neureut, Erläuterungen und Gestaltungsvorschläge durch die Ortsverwaltung und das Friedhofs- und Bestattungsamt**

Ein Friedhof sei für eine Ortschaft ein sehr wichtiges Thema, betont der Vorsitzende zu diesem Tagesordnungspunkt, weshalb man sich diesem intensiv annehmen müsse. Gerne könne auch teilweise kontrovers darüber diskutiert werden, aber schließlich brauche es eine einvernehmliche Lösung. In diesem Sinne bedankt er sich bei dem Leiter des Friedhofs- und Bestattungsamtes der Stadt Karlsruhe, Matthäus Vogel sowie dessen Kollegin Beate Ertle. Sie stehen dem Gremium an diesem Abend Rede und Antwort rund um das Thema „Gestaltung des Neureuter Hauptfriedhofs“.

Es gehe nicht nur um die Vorstellung eines neuen Bestattungsfeldes und neuer Bestattungsformen, so der Vorsitzende einleitend, sondern auch darum, Beschlüsse zu fassen, die den weiteren Fortgang auf dem Neureuter Hauptfriedhof betreffen.

Es sei ein großes Anliegen fast aller Ortschaftsratsfraktionen, besonders in den vergangenen Jahren der FDP - und CDU - Fraktion, die hierzu immer wieder Anträge gestellt und auch gebeten haben, ein Gesamtkonzept vorlegen zu können, um den Friedhof in einem ordentlichen und modernen Zustand zu erhalten, blickt der Vorsitzende zurück. Dabei habe sich gezeigt, dass es nicht so einfach sei, was in der Historie liege - besonders mit den Wegeplatten, die verlegt worden sind, mit der Art der Bestattung, die in den Wahlgräbern erfolgt sind - all dies sei in Ausschusssitzungen bereits dargelegt worden. Auch in Bezug auf die vorhandenen Gehölze wolle man heute diskutieren.

Denn in den vergangenen Jahren - letztmals mit einem Beschluss von 2005 - habe der Ortschaftsrat Wert daraufgelegt, wenn Grabstellen abgeräumt werden, dass in diesen Bereichen auch die Sträucher und Bäume mit abgeräumt wurden.

Die Ortsverwaltung vertritt die Meinung, dass diese Großgehölze erhalten werden sollen, weil sie das Bild des Friedhofes mitprägen. Dabei handle es sich um Bäume und Sträucher, die neben den Gräbern stehen, verdeutlicht er. Sie seien aus Sicht der Ortsverwaltung erhaltenswert.

Um umsetzen zu können, dass sich die Wegplatten nicht ständig absenken, die Wege nicht immer in einem gefährlichen Zustand sind, bedarf es dort entsprechender Einfassung der Wege bzw. der Gräber. Im Vorfeld sei dies alles mit dem Leiter des Friedhof- und Bestattungsamtes, Matthäus Vogel, besprochen worden, damit in Zukunft das schwierige Thema der Wegplatten beseitigt werden könne.

Zudem werde Vogel einen Vorschlag unterbreiten, wie eine weitere alternative Bestattungsform in Neureut angeboten werden könnte.

Es gehe überwiegend oder zuallererst um den Baum, leitet Matthäus Vogel ein.

Man habe in Neureut in der Vergangenheit zusammen mit dem Ortschaftsrat und der Ortsverwaltung verschiedenste Bestattungsmöglichkeiten und -formen entwickelt, die er mit dem heutigen Vorschlag um ein weiteres Element ergänzen möchte.

So habe man in Neureut die Kolumbarien eingeführt. Vor einigen Jahren sei mit dem ersten landschaftlich angelegten, gärtnergepflegten Gräberfeld in der Nähe des Haupteingangs eine Bestattungsform in Neureut etabliert worden, die von ganz großem Erfolg gekrönt sei. Dieses habe den Trend zu den Kolumbarien zum Erliegen gebracht bzw. stark beeinflusst. Diese Grabform sei sehr kundenorientiert, jeder Trauernde habe seine Grabfläche, um dort die Dinge abzustellen, aufzulegen oder zu pflanzen, die er sich vorstelle. Der Erfolg sei so groß gewesen, dass eine Erweiterung in nördlicher Richtung des Friedhofes vorgenommen wurde, auch hier ist die Nachfrage überwältigend. Dies verleihe dem Friedhof ein besonderes Ambiente.

Deshalb habe man sich nun vorgenommen, im Anschluss an das erste landschaftlich geprägte Gräberfeld eine Baumanlage in Gräberfeld 22 zu entwickeln, weil es dort bereits einen alten, großen Baumbestand gebe und die Belegung mit herkömmlichen Grabstätten schwierig werde. Deshalb wolle man das Feld weiter aufpflanzen, es bestehe aus den Gehölzen Platane und Ahorn – diese Baumarten wolle man fortsetzen.

Diese Formen habe man auf verschiedenen Friedhöfen bereits mit großem Zuspruch realisiert und wolle sie deshalb auch für Neureute ans Herz legen, betont Vogel.

Er leite es aus dem Trend ab, dass die Menschen mittlerweile die Natur schätzen und sie auch Verantwortung für die Natur übernehmen wollen. Denn wir müssen auch für unsere Umwelt, für die Lebensgrundlagen sorgen und können sie nicht achtlos ihr Dasein fristen lassen, unterstreicht Vogel bei seinen Ausführungen.

Zum Thema Baum und Natur gehöre es, dass man sich auf den Friedhöfen entsprechend ausrichte. Die Bevölkerung sei da bereits voran – denn habe man in der Vergangenheit bei der Wahl eines Grabes darauf geschaut, nicht in die Nähe eines Baumes zu kommen, sei es heute ein „möglichst hin zum Baum“, erläutert Vogel den Trend.

Anhand einer Fotomontage zeigt Vogel die angedachte Gestaltung in Form von „Grabinseln“ auf. Durch eine einheitliche, gärtnergepflegte Bepflanzung sowie der sehr zurücknehmenden Art der Grabzeichen in Form von Natursteinen erhalte ein solches Feld eine sehr ruhige und beruhigende Wirkung.

Um die Bäume werden Gruppen von Gräbern mit Aufenthaltsorten angebracht. Dort kann man sich setzen und seinen Erinnerungen nachgehen. Die gärtnerische Gestaltung soll geprägt sein von pflegeleichten Gräsern, Farnen und Stauden, die für schattige Lagen geeignet sind und die der Neuanlage einen Waldcharakter geben.

Es sind zwei Grabformen geplant: das sogenannte Familiengrab mit Beisetzungsmöglichkeiten in der Regel für bis zu vier Urnen sowie eine einfache Form mit Beisetzungsmöglichkeiten für eine Person. Dies werde eine Gemeinschaftsgrabanlage mit Gemeinschaftsgrabzeichen aus Natursteinen und Metall in Form von Blättern, die mit einzelnen Elementen Möglichkeit bieten, die Namen der Bestatteten einzugravieren.

Anhand eines Beispiels vom Karlsruher Hauptfriedhof zeigt er die einfache, den Bäumen angepassten, bodendeckende Bepflanzung. Damit erhalte man ein sehr ruhiges, harmonisches Bild.

Beim Gemeinschaftsgrabzeichen, das Blätter in Naturstein ausführt, habe man bei einem möglichen Verzicht auf den Namen des Verstorbenen eine anonyme Grabform - diese Möglichkeit wünsche sich ja auch der Ortschaftsrat.

Zur zeitlichen Perspektive führt Vogel an, die Erdarbeiten im Sommer durchführen und zum Herbst hin die Bepflanzung vornehmen zu wollen.

Alle Sprechenden aus dem Ortschaftsrat danken dem Leiter des Friedhofs- und Bestattungsamt für den Vortrag, die Ideen und Präsentation.

Ortschaftsrätin Martina Weinbrecht erinnert im Anschluss, dass CDU und FDP schon lange Anträge gestellt hätten, um zu einem attraktiveren Friedhof in Neureut zu kommen. Endlich habe man heute einen Vortrag mit wirklich sehr guten Vorschlägen bekommen. Bezugnehmend auf die beiden vorgestellten Formen, wünscht sie sich, dies offen zu lassen und man diese nicht bereits im Vorfeld festlegen sollte.

Das sei sowieso vorgesehen, erklärt Vogel. Auch in Familiengräbern könne beispielsweise nur eine Person bestattet werden und es gebe auch die Möglichkeit eines Grabes als Erinnerungsort ohne Beisetzung! Man habe alle Möglichkeiten.

Ortschaftsrätin Dr. Dorothea Hansis zeigt sich von der Präsentation sehr beeindruckt. Die Grünen freuen uns darauf, wie das Grabfeld 22 gestaltet werde. Im Moment stelle sich das Feld trotz der großen Bäume etwas kahl dar. Man sehe aber auch, dass dies mit kleinen Sträuchern und passenden Pflanzen sehr schön werden könne. Ihre Fraktion glaube, dass ein großer Bedarf dafür vorhanden sei.

Fraktionsvorsitzende Barbara Rohhuber urteilt, das Feld habe eine sehr schöne, zentrale Lage. Es besitze bereits jetzt eine gute Atmosphäre. Zudem will sie wissen, welche Natursteine für die Quader, die beschriftet werden sollen, vorgesehen seien? Details, beispielsweise wie die Art des Natursteinmaterials, seien noch nicht festgelegt, meint Vogel. Diese wolle man mit der Ortsverwaltung vornehmen. Denkbar seien Kalkstein oder roter Sandstein, zeigt er an Beispielen anderer Friedhöfe auf.

Noch im Sommer sei dies - auch im Hinblick auf die Preisgestaltung - mit der Ortsverwaltung zu klären.

Fraktionsvorsitzender Ole Reher erinnert ebenso daran, dass man schon lange um dieses Thema ringe – auch bereits Amtsvorgänger im Ortschaftsrat. Seine Fraktion begrüße natürlich neue Gestaltungsmöglichkeiten und -varianten, bekräftigt er. Jedoch habe man sich ein Gesamtkonzept für Wege und ähnliches vorgestellt, beispielsweise zu Stolperstellen. Dies habe er noch nicht heraussehen können. Ein ganz großes Anliegen sei gewesen, die „Verkehrssicherheit“ auf den Friedhöfen sicherzustellen. Er würde sich wünschen, in einem Ausschuss Details, wie

beispielsweise Bepflanzung, Steinthema oder Gravierungen, mitzudiskutieren. Man habe größtes Vertrauen in den Leiter des Friedhofs- und Bestattungsamt - schließlich arbeite er sehr harmonisch mit der Ortsverwaltung zusammen! Nach der langen Zeit sei es jedoch wichtig, dass der Ortschaftsrat mit in die Diskussion eingebunden werde.

Eine Diskussion im Ortschaftsrat unter anderem hinsichtlich der Art der Steine oder der Bepflanzung, so der Vorsitzende, könne man sich auch vorstellen.

Heute gehe es jedoch, wie aus der Vorlage ersichtlich, eine grundsätzliche Vorgehensweise und die Grundsatzplanung zu beschließen – nämlich, dass man in diese Form der Bestattung gehen wolle – ohne Details zu nennen. Die angesprochene Wegeführung, sei bereits im Gesamtkonzept vorgegeben. Es sei deutlich versucht worden, dem Ortschaftsrat zu erklären, dass diese Problematik ausschließlich von der Bestattungsform komme.

Um sie zu beseitigen, brauche man Jahrzehnte - mindestens 20 bis 25 Jahre – dies hänge mit den Ruhefristen und Belegungsarten zusammen.

Das, was Probleme bereite, diese Art von Bestattung, werde heute nicht mehr von der Bevölkerung gewünscht oder gefordert. Man müsse hierfür viel Geduld haben.

Bereits jetzt habe man große Teile mit Hilfe des Friedhofs- und Bestattungsamts mit großem Aufwand „repariert“ bekommen, jedoch müsse man in Teilstücken beginnen, mit anderen Einfassungen und Belegen zu arbeiten – und das sei das große Gesamtkonzept, was die Wegeführung betreffe, erklärt der Vorsitzende dazu. Dies sei jedoch langfristig und schwer umzusetzen, weil es mit Ruhefristen zusammenhänge.

Auf die Nachfrage von **Ortschaftsrätin Martina Weinbrecht**, um welchen Zeitrahmen es sich beim Richten der Wege handle, da ja die Stolperfallen das Schlimmste auf dem Friedhof seien, antwortet Vogel, ein Prototyp sei bereits hergestellt worden - als Ersatz für einen Plattenweg. Die Verwendung von Brechsandgemischen erfordert jedoch eine Einfassung des jeweiligen Weges. In den Bereichen der Wege, an denen eine Bekantung benötigt wird, könne ein Corten-Stahlband als Einfassung eingebaut werden. Dies bietet mehr Sicherheit beim Begehen (keine Stolperkanten, keine Glatteisgefahr), eine ansprechende Optik durch sauberen Grababschluss und keine Beschwerden durch abgesenkte oder verschobene Platten.

Heute geht es um eine grundsätzliche Entscheidung, verdeutlicht auch Vogel. Was auf einen Friedhof gemacht werde, werde für eine sehr lange Zeit gemacht – hier sollte man mit 50 Jahren oder noch länger planen.

In der Vergangenheit habe man sich für Plattenwege entschieden, die einen sehr großen Aufwand machen, weil ein Friedhof sich immer durch Graben bewege. Die Plattenwege seien auch in der Vergangenheit immer wieder korrigiert worden.

Es sei ein mehrfaches Verfahren, bei dem zum einen die vorhandenen Wege immer wieder gerichtet werden, mit einem neuen Verfahren wolle man dafür sorgen, dass sich diese Probleme dauerhaft lösen.

Der dritte Ansatz in der Vorlage sei, die neuen anzulegenden Felder gleich so herzurichten, dass mit Einfassungen am Fuß- und Kopfende des Grabes und wassergebundene Wege einrichten zu können.

Dem Antrag zur Geschäftsordnung von **Ortschaftsrat Dieter König**, das Thema in den Ausschuss zu verweisen, um die vielen Detailfragen anhand von Plänen und Ortsbegehungen besprechen zu können, um ein Generalkonzept mit Hand und Fuß erarbeiten zu können, ist, nach einer Gegenrede von Fraktionsvorsitzenden Karsten Lamprecht, mehrheitlich nicht entsprochen worden. Lamprecht meint, es seien heute grundsätzliche Vorschläge dabei, die man zum Teil heute beschließen könnte. Er halte es für falsch, dies mit einem generellen Antrag in den Ausschuss zu verweisen. Die grundlegende Richtung könne man sehr wohl heute geben, manche Details sollen im Ausschuss besprochen werden. Er sei der Meinung, den Antrag zur Geschäftsordnung abzulehnen. Ortschaftsrätin Martina Weinbrecht schließt sich diesem an. Man solle wenigstens das Wegekonzept voranbringen.

Auf konkretisierende Fragen von Fraktionsvorsitzender Barbara Rohrer, erklärt der Vorsitzende, dass man heute zur Wegeführung beschließen wolle, die Platten Stück für Stück in wassergebundene Wege austauschen zu wollen und zu diesem Zwecke die sogenannten Stahlbänder verwenden dürfen sowie den Nutzenden Kopf- und Fußfassungen zu erlauben. Auch dem Vorschlag eines neuen „Baumgräberfeldes“ möge zugestimmt werden, wobei Details noch zu erläutern sind. Im Anschluss modifiziert König seinen Antrag dahingehend, dass das Gräberfeld in dem Antrag nicht zur Diskussion stehe. Er wolle das Thema Generalkonzept in den Ausschuss verweisen, weil ihm die Beschreibung in der Beschlussvorlage für eine jahrzehntelange Entscheidung zu wenig sei.

Es kommt – unter Ausklammern des neuen Grabbestattungsfeldes - zu folgendem

Beschluss:

Der Antrag zur Geschäftsordnung, das Thema in einen Ausschuss zu verweisen, wird bei drei Ja-, 12 Neinstimmen sowie zwei Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Dennoch gibt es die Zusage, Details in einer Ausschusssitzung besprechen zu können.

Außer der Wegeführung sei noch die Erhaltung heimischer Großgehölze, wie beispielsweise Eiben, so der Vorsitzende, um den Charakter des Friedhofes weiter gestalten zu können, ein weiteres Thema. Vogel erläutert hierzu, dass sein Amt dabei mitgehen könne, wobei Neuplanungen dann nicht so einfach möglich seien. Hierzu bedürfe es Abwägungsprozesse. Pflanzen können, wo es Sinn mache, erhalten werden.

In Zusammenfassung der Diskussion kommt es zu folgenden Beschlüssen:**Beschluss 1:**

Der Ortschaftsrat stimmt einstimmig zu, in der vom Friedhofs- und Bestattungsamt sowie der Ortsverwaltung vorgestellten Form der Gestaltung weiterzugehen, mit der Zusage speziell an die FDP-Ortschaftsratsfraktion, Details hierzu in Ausschüssen zu beraten und besprechen.

Beschluss 2:

Weiter stimmt der Ortschaftsrat, mit einer Enthaltung, bei der „en bloc“ – Abstimmung, zu:

- Erhaltung der Großgehölze, im Einzelfall zu prüfen
- Bisherige Betonwege als Ersatz mit wassergebundener Decke zu versehen
- Wegeführung in Stahlband einfassen
- Erlaubnis für die Grabnutzer, künftig eine Kopf- und Fußfassung vorzunehmen für eine entsprechende Sicherung

Zu Punkt 3 der T.O.: Skateranlage Neureut, Sachstand

Eigentlich wollte er diesen Tagesordnungspunkt absetzen, so der Vorsitzende eingangs, weil bis heute die Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde und des Zentralen Juristischen Dienstes der Stadt Karlsruhe nicht vorliegen, denn diese

seien zu einem weiteren Alternativstandort für einen Skaterplatz abgefragt worden, diesen zu prüfen.

Da jedoch einige Anwohnende bei der Sitzung auf der Zuschauertribüne anwesend seien, möchte er - soweit es ihm möglich sei, einen Sachstandsbericht geben.

Beim Alternativstandort handelt sich um einen Bereich im Umfeld des Basketballplatzes in der Heide. Hier musste ein Antrag gestellt werden, um dort eine weitere Fläche für eine Skateranlage zu versiegeln, da es bisher keine weitere Fläche außer dem Basketballfeld gebe. Dazu brauche man eine Genehmigung – dies sei die Auswirkung des dort vorhandenen „Flächenhaften Naturdenkmales“. Bis heute sei es jedoch nicht gelungen, die entsprechende Genehmigung oder Ablehnung zu bekommen.

Nun wolle er einen Informationsbericht geben.

Dazu erinnert er, dass die Ortsverwaltung den Ortschaftsrat gebeten habe, die Anwohnenden des „Gässles“ und der Teutschneureuter Straße am Traföhäusle, wo eventuelle Standorte für einen Skaterplatz sein könnten, miteinbeziehen zu wollen. Der Ortschaftsrat sei diesem Vorschlag gefolgt, worauf die Ortsverwaltung die Anwohner angeschrieben und um ihre Meinung hierzu gebeten habe. Glücklicherweise sei davon großer Gebrauch gemacht worden und es habe sehr viele Antworten gegeben. Zum Thema seien die Rückantworten grundsätzlich positiv, die Resonanz überwiegend sachlich gewesen. Jedoch wurden auch Punkte angeführt, die zum Nachteil für die dortigen Anwohnenden seien – insbesondere wegen der Lärm-/Geräusentwicklung. Deshalb empfiehlt die Ortsverwaltung dem Ortschaftsrat, von beiden Standorten „Gässle“/Traföhäusle Abstand zu nehmen. Es sei unverhältnismäßig, wenn man den Anwohnern jetzt eine solche Anlage vor die Haustüre setzen würde - wissend, dass dies zu Beeinträchtigungen führen würde.

Ihn habe jedoch, so der Vorsitzende, bei den Stellungnahmen sehr verwundert, dass die Anwohner vom „Gässle“ den geeigneteren Standort am Traföhäusle und die dortigen Anwohnenden den Standort „Gässle“ für den geeigneteren hielten.

Es werde unheimlich schwer werden, so der Vorsitzende, einen geeigneten Standort zu finden, der allen gerecht werde – den Anwohnern, Nutzern sowie den Eltern und dies, obwohl es nur ein Skaterplatz für Jüngere bis 14 Jahren sein werde.

Sobald Antworten der Unteren Naturschutzbehörde und des Zentralen Juristischen Dienstes vorliegen, werde die Ortsverwaltung weiter darüber berichten, verspricht der Vorsitzende.

Ortschaftsrat Bernd Kalusche betont, es habe nicht nur breiten Konsens darüber gegeben, dass Neureut eine Skateranlage brauche, sondern auch darüber, dass der „Dirt-Park“ in der Heide der ideale Standort sei, weil er ein zentraler Standort mit relativ wenig Beeinflussung der Anwohner darstelle. Es freue ihn zu hören, dass der Antrag nach einer Ausnahmegenehmigung gestellt worden sei. Er würde sich riesig freuen, wenn ihm stattgegeben werde.

Auch **Ortschaftsrätin Irene Moser** findet den Standort beim „Dirt Park“ ideal, denn die Bebauung sei hier ziemlich weit entfernt.

Fraktionsvorsitzender Karsten Lamprecht betont ebenfalls, man habe an diesem Platz in der Heide eine optimale Situation. Er finde es gut, dass die Grünen dahingehend mitgehen könnten, und hier ausnahmsweise einmal die Menschen im Mittelpunkt stehen und dort in einer schützenswerten Natur eine kleine Fläche abgewonnen werden könnte, um diesen Platz herzustellen. Dies sei seiner Meinung nach ein guter Konsens, den man im Ortschaftsrat finden könne. Wenn dabei die Stadtverwaltung bzw. Naturschutzbehörde mitgehen könnte, wäre allen geholfen – vor allem auch den Anwohnenden an den beiden anderen, vorgeschlagenen Standorten. Deshalb begrüße seine Fraktion diesen Standort in der Heide.

Ortschaftsrat Marcus Hillmer erinnert,– wie bereits Ortschaftsrat Bernd Kalusche daran, dass die initiale Überlegung gewesen sei, die Skateranlage am „Dirt Park“ in der Heide einzurichten, weil sich dort die Szene treffe. Eine neue Diskussion über einen Platz im Tiefgestade, wie von Ortschaftsrätin Irene Moser (SPD) angeregt in der Nähe des Bauhofes, brauche man nicht nochmals anzufangen.

Ortschaftsrätin Martina Weinbrecht rät ebenfalls davor ab, denn hier gebe es regen Verkehr von großen Fahrzeugen – zudem befinde sich dort ein Gewerbegebiet.

Abschließend stellt der Vorsitzende klar, der Ortschaftsrat wolle keine Fläche des Basketballplatzes für eine Skateranlage nutzen, sondern eine besonders versiegelte Fläche für die Skateranlage. Dafür benötige man in einem Landschaftsschutzgebiet eine Ausnahmegenehmigung. Würde sie abgelehnt, werde man sich dann Gedanken über einen Alternativstandort machen.

Ergebnis:

Der Ortschaftsrat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Zu Punkt 4 der T.O.: **Bekanntgaben der Ortsverwaltung**

4.1

Der **Vorsitzende** informiert:

- Die Verkehrsbetriebe wurden erneut wegen einer Alternative zur Buslinienführung 72 / 73 angeschrieben, auf die Antwort sei die Ortsverwaltung gespannt.
- Der ehemalige Physikraum Südschule (ehemals von der Hauptschule) wurde zurückgebaut, ein Raum steht nun für Unterrichtszwecke und zu Klassenteilung zusätzlich zur Verfügung. Die Südschule freue sich über den zusätzlichen Raum. Der Hardtwaldschule wird ein Raum für die Auslagerung zur Verfügung gestellt. Er dankt Daniel Stern von der Hochbauabteilung hierbei für seine Arbeit.
- Die „Badischen Neuesten Nachrichten“ haben zum 75jährigen Jubiläum als Befreiung seitens des Bauordnungsamtes die Zustimmung erhalten, Werbebanner an der Zaunanlage entlang der Linkenheimer Landstraße/Neureuter Querallee anzubringen.
- Anhand von Bildern präsentiert der Vorsitzende den Spieleparcours an der Südschule, der als Gewinn bei einer Aktion aufgebaut werden konnte, wobei die Ortsverwaltung die Installierung der Geräte übernahm.
- Eine HWK-Haltestelle im Tiefgestade ist, nach einer bereits länger zurückliegenden Anfrage von Ortschaftsrätin Irene Moser, eingerichtet und überdacht. Spätestens bis zum Herbst sollen auch Seitenteile zum Schutz eingebaut sein.
- Die Renovierungsarbeiten in der Badnerlandhalle haben sich zum Juli verschoben. Der Nachteil sei, dass die Halle bis Mai/Juni 2022 nicht vermietet werden könne.
- Es liegt ein Antrag der AfD bezüglich Krötenwanderung vor. Heute sei ein Artikel in den „Badischen Neuesten Nachrichten“ zum Vandalismus an den dortigen Schranken veröffentlicht.

Die detaillierte Anfrage der AfD könne die Ortsverwaltung leider nicht selbst beantworten und habe sie an die Fachämter weitergeleitet.

- Zudem liege ein gemeinsamer Antrag der SPD- und Grünen-Fraktion bezüglich Verkehrsregelung entlang der Linkenheimer Landstraße vor. Auch dieser Antrag müsse durch das Fachamt bearbeitet werden.
Hierzu soll ebenfalls in einer der nächsten Sitzungen vorgetragen werden.

In diesem Zusammenhang weist der Vorsitzende darauf hin, dass in der Geschäftsordnung stehe, dass Anträge in der nächsten oder übernächsten Sitzung zu behandeln seien. Dieser Wunsch könne nur erfüllt werden, wenn die Ortsverwaltung selbst die Thematik aufbereiten könne, sobald man auf Fachämter angewiesen sei, könne sich eine Verzögerung einstellen.

Zu Punkt 5 der T.O.: Anfragen und Anregungen aus dem Ortschaftsrat

5.1

Ortschaftsrat Ole Reher fragt auf Anregung nach,

ob

a)

etwas hinsichtlich Beschattung/Sonnensegel auf den Spielplätzen geplant sei?

b)

es auf den Neureuter Spielplätzen Trampoline gebe?

Antworten zu a und b:

Überprüfen und Beantwortung zugesagt.

5.2

Ortschaftsrätin Siglinde Andor

a)

berichtet von Klagen wegen nächtlichen „Autoposern“ an der Endschleife der Straßenbahn in Heide.

b)

Momentan sei Mc Donalds „Drive Inn“ aufgrund der aktuellen Situation sehr gefragt. Es liege sehr viel Müll herum. Sie wisse nicht, ob der Müll tagsüber noch eingesammelt werde?

c)

will wissen, warum sich die Renovierung der Badnerlandhalle verschiebe?

Antworten:

zu a)

Bezüglich der „Autoposer“ kann dies der Vorsitzende nicht nachvollziehen, denn der Bereich sei dafür mittlerweile total unattraktiv gestaltet worden.

Hier helfe nur eine Anzeige mit Angabe der Uhrzeit und des Kfz-Kennzeichens.

Ortschaftsrat Sebastian Kreuter erläutert, hierzu gebe es bereits Kontrollen, nicht nur vom Revier Waldstadt aus, sondern die Thematik sei auch bei der Verkehrspolizei angelangt, die sogar bei Häufung ein Konzept ausarbeite.

zu b)

Bezüglich McDonalds sei die Ortsverwaltung bereits tätig geworden – eine Antwort steht noch aus.

zu c)

Es liege an der Ausschreibung der einzelnen Gewerke.

5.3

Ortschaftsrätin Dr. Dorothea Hansis spricht eine große Anerkennung hinsichtlich der gut konzipierten und gepflegten Neureuter Spielplätze aus.

Beim Spielplatz am Gässle regt sie an, die kalten Steinsitzplätze um geglättete Baumstämme zum Draufsitzen zu ergänzen. Zudem werden für heiße Sommer mindestens doppelt so viele Schattenplätze wie bereits vorhanden, benötigt.

Antwort:

Die Anerkennung wird an die Gartenbauabteilung weitergegeben.

Die vorgetragenen Anregungen kommen, so der Vorsitzende, sehr gelegen – es sei beabsichtigt, die neue Leiterin des Gartenbauamtes, Frau Fath, in den Ortschaftsrat zu bitten, um sich vorzustellen. Das habe sie bereits zugesagt. In diesem Zusammenhang ruft der Vorsitzende alle Fraktionen auf, sich entsprechende Gedanken zu machen, Fragestellungen auszuarbeiten und ggfs. schon

entsprechende Vorschläge zu machen. Beim Thema „Sonnensegel“ müsse man sich der Strategie der Stadt Karlsruhe anschließen.

5.4

Ortschaftsrat Harald Denecken fragt nach wegen der sog. „Calisthenics-Anlage“.

Antwort:

Mit dem Thema sei man momentan befasst. Am Donnerstag gebe es diesbezüglich ein Gespräch mit dem stellv. Gartenbauamtsleiter und einer Planerin. Dabei werde man sehen, wie man dies einvernehmlich gestalten könne – jedoch gebe es auch hier eine gesamtstädtische Strategie.

Hinsichtlich der Schattenspender/Sonnensegel auf Kinderspielplätzen führt **Ortschaftsrat Detlef Hofmann** aus, dies werde auch im Gemeinderat andiskutiert und eine Gesamtstrategie erarbeitet. Sonnensegel an sich werden eher grundsätzlich abgelehnt wegen Vandalismus. Überlegungen hierzu stelle das Gartenbauamt demnächst dem Gemeinderat vor – das solle abgewartet werden.

Der Vorsitzende

Die Protokollführerin

Die Urkundspersonen: